

BStU



Archiv der Zentralstelle

MFS - BdL | Dok.

Nr. 005774

1. Exemplar

BSU 42-009 04.95

103253

34186

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
Stellvertreter des Ministers

Berlin, 22. Januar 1986

Persönlich

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
Leiter

Vertrauliche Verschlusssache

VVS-o008

MfS-Nr. 65/86

23. Ausf. Bl. 1 bis 2

BStU

000001

Gemäß Beschluß des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 25. 1. 1985 zur weiteren Erhöhung der Wirksamkeit und Verantwortung beim Schutz der Staatsgrenze der DDR sind in der Ordnung Nr. 97/85 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei die Aufgaben und Verantwortung der Stellvertreter der Vorsitzenden für Inneres der Räte der Grenzbezirke und Grenzkreise sowie der Grenzstadtbezirke von Berlin, Hauptstadt der DDR, bei der Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet an der Staatsgrenze der DDR zur BRD, zu Westberlin, in der Grenzzone entlang der Küste der DDR sowie im grenznahen Raum neu geregelt worden.

Mit diesem Dokument sind die grundlegenden weisungsmäßigen Voraussetzungen geschaffen worden, um über die Stellvertreter der Vorsitzenden für Inneres, die

- alle sich für die örtlichen Räte ergebenden Aufgaben zur Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet und im grenznahen Raum zu koordinieren, deren Durchsetzung durch die Fachorgane der Räte zu organisieren und zu kontrollieren haben,
- zur Sicherstellung eines einheitlichen und abgestimmten Vorgehens eng mit den Grenztruppen der DDR, den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, den Fachorganen der Räte, anderen staatlichen Organen und den gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten haben,

einen noch weitaus stärkeren inspirierenden Einfluß auf die Vervollkommnung des Systems der Sicherung der Staatsgrenze zu nehmen.

Eine weitere wesentliche Voraussetzung dafür sind die nunmehr in der Ordnung erfolgten verbindlichen Regelungen über die Schaffung der Funktion und die Aufgaben von Mitarbeitern für Grenzfragen (früher als Grenzbeauftragte bezeichnet) im Verantwortungsbereich der Stellvertreter der Vorsitzenden für Inneres.

Es ergibt sich jetzt - auch im Hinblick auf die durch den Nationalen Verteidigungsrat festgelegte höhere Verantwortung des MfS im einheitlich geführten Grenzsicherungssystem - das Erfordernis, mit den Möglichkeiten der Bezirksverwaltung und der Kreisdienststellen und unter Berücksichtigung der operativen Interessen des MfS den Räten zu helfen, daß die Festlegungen der Ordnung Nr. 97/85 von Anfang an konsequent und mit hoher Effektivität für den Schutz der Staatsgrenze durchgesetzt werden.

Im Befehl Nr. 2/86 des Ministers zum Einsatz von Grenzbeauftragten des MfS und zur Bildung der Abteilung Grenzsicherheit und von Unterabteilungen Grenzsicherheit in der HA I vom 20. 1. 1986 und in den Vorläufigen Grundsätzen für die Arbeit der Grenzbeauftragten des MfS in den Grenzkreisen an der Staatsgrenze der DDR zur BRD vom 20. 1. 1986 sind dazu konkrete Festlegungen über das Zusammenwirken mit den Stellvertretern der Ratsvorsitzenden für Inneres und insbesondere mit deren strukturellen Mitarbeitern für Grenzfragen getroffen.

Eine zentrale Einweisung der Mitarbeiter für Grenzfragen bei den Räten der Bezirke fand am 19. 12. 1985 im MdI statt, auf der durch Beiträge der Grenztruppen, des MfS und der DVP Unterstützung für ein zweckmäßiges sicherheitspolitisches Herangehen an die gestellten Aufgaben gegeben wurde.

Dem zuständigen Stellvertreter Operativ, dem Leiter der Abteilung VII und den Leitern der Grenzkreisdienststellen sollte dazu die Aufgabe gestellt werden, operativ Einfluß zu nehmen, daß

- entsprechend der Ordnung Nr. 97/85 die Mitarbeiter für Grenzfragen ausschließlich für die in den auszugestaltenden Funktionsplänen ausgewiesenen Aufgaben gemäß der dazu in der Ordnung vorgegebenen Anhalte eingesetzt werden und daß im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die operative Beweglichkeit der Mitarbeiter für Grenzfragen weitgehend sichergestellt wird,
- die Vorbereitung und der Einsatz von Kadern in die Funktion Mitarbeiter für Grenzfragen nur in Abstimmung und mit Zustimmung der Bezirksverwaltung bzw. der zuständigen Grenzkreisdienststelle erfolgt.

Aufgrund der bedeutsamen Stellung der Mitarbeiter für Grenzfragen im System der Sicherung der Staatsgrenze und der daraus resultierenden Möglichkeiten für eine wirksame operative Einflußnahme über diese Kräfte, insbesondere auf die Vervollkommnung der Zusammenarbeit der staatlichen Organe, der Betriebe und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte, besonders der Grenzbevölkerung mit den Grenztruppen der DDR und der DVP, ist es notwendig, der Planstellenbesetzung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

000003

Es sollte darauf Einfluß genommen werden, daß in Weiterführung der in meinem Schreiben vom 12. 4. 1984 gegebenen Orientierung und der dazu in der Planorientierung der Linie VII für das Jahr 1986 enthaltenen Maßnahmen die Besetzung der geschaffenen Funktionen Mitarbeiter für Grenzfragen durch planmäßige

- Suche, Auswahl, Überprüfung, Bestätigung und Vorbereitung geeigneter Kandidaten,
- Übernahme von bewährten Kadern aus der früheren Funktion Grenzbeauftragter in den Bereichen Inneres,
- Umsetzung bzw. Herauslösung ungeeigneter Kader aus den früheren Funktionen Grenzbeauftragter in den Bereichen Inneres

forciert wird.

Es ist anzustreben, in den Räten der Bezirke und Kreise mit Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin, im Magistrat und in den Räten der Grenzstadtbezirke von Berlin, Hauptstadt der DDR, sowie an der Seegrenze der DDR in den Räten der Kreise Wolgast, Rügen, Ribnitz-Damgarten und Wismar die Besetzung der Planstellen mit Kadern, die der Eignung und den Anforderungen eines OibE entsprechen, bis Ende des Jahres 1986 zum Abschluß zu bringen.

Es ist zu gewährleisten, daß für OibE in der Funktion Mitarbeiter für Grenzfragen konkrete, operativ interne Aufgaben auf der Grundlage des Leitfadens der Hauptabteilung VII vom September 1984 für die Auswahl, den Einsatz von und die Arbeit mit OibE in den Bereichen Innere Angelegenheiten festgelegt werden.

Der Leiter der Hauptabteilung VII wurde durch mich beauftragt, die zur Realisierung dieser Aufgabenstellung erforderlichen Maßnahmen in allen Bezirken und Kreisen mit Staatsgrenze zu unterstützen.

Unter Einbeziehung beauftragter Offiziere der Hauptabteilung VII und - soweit bereits OibE-Planstellen zur Verfügung stehen - sind gemeinsam mit der Hauptabteilung Kader und Schulung im 1. Halbjahr 1986 in Verantwortung der Leiter der Bezirksverwaltungen in den Bezirken und in den Grenzkreisen/Grenzstadtbezirken Überprüfungen des Standes der kadermäßigen Vorbereitungen durchzuführen.

Zielstellung müßte die Schaffung einer konkreten und aktuellen Übersicht über

- den Stand der Planstellenbesetzung und
- die funktionelle und kaderpolitische Eignung als OibE vorgesehener Kandidaten

für die Funktion Mitarbeiter für Grenzfragen im jeweiligen Bezirk und in den Grenzkreisen und Grenzstadtbezirken sein, um die notwendigen Vorschläge zu unterbreiten und Entscheidungen über das weitere Vorgehen und die erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen zu treffen.

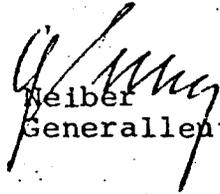
ESTU

000004

4

Vorbereitung, Zeitpunkt und Durchführung der vorgesehenen Überprüfungen sowie weiterführende Maßnahmen der Zusammenarbeit sind mit dem Leiter der Hauptabteilung VII abzustimmen.

Die Ergebnisse der Überprüfungen, einschließlich der festgelegten Maßnahmen, sind mir in Ergänzung der Auskunftsberichte vom Juni 1984 bis zum 31. 7. 1986 schriftlich mitzuteilen.


Reiber
Generalleutnant